

MBI INFORMIERT

MÜLHEIMER BÜRGER-INITIATIVEN
UNABHÄNGIGE WÄHLERGEMEINSCHAFT Nr. 2/20

MBI-Geschäftsstelle

Kohlenkamp 1,
45468 Mülheim
Tel. 0208 - 3899810
Fax 0208 - 3899811

e-mail: mbi@mbi-mh.de

<http://www.mbi-mh.de>

Karneval im "Tollhaus" Mülheim als Dauerzustand?

Bei den Kommunalwahlen am 13. Sept. sollen die gravierendsten Mülheimer Probleme wohl aus dem Wahlkampf herausgehalten werden: Keine neuen ÖPNV-Vorschläge, kein überfälliger Schulentwicklungsplan, keine Haushaltsplanung, natürlich keine genaueren Überlegungen zu den existenziell wichtigen Fragen der Verschmelzung der Ruhrgebietsstädte usw. Die zerstörerischen Gewerbeflächenpläne in Winkhauser Tal, Auberg oder Fulerumer Feld werden nun geprüft, um sie dann nach den Wahlen aus der Kiste holen zu können. Am liebsten würde man auch über die VHS-Zukunft und den Riesenskandal nicht reden. Doch das wird nicht gelingen, wie die Griefahn-Veranstaltung zeigte. Bis zu den Wahlen werden deshalb noch alle möglichen Ablenkerthemen hochgespült werden. Das dürftige Programm der Karnevalisten wird wohl oder übel von der Realität überholt werden.

Auch Radwege rechtfertigen keinen Umweltfrevl

Im Feb. 2017 wurden alle 40 Bäume auf dem Bahndamm der ehemaligen Güterstrecke am Stadthallenparkplatz gefällt. Auf der Bahntrasse wurde dann ganze 3 Jahre der Radschnellweg RS 1 weitergebaut und von der Fährstraße aus eine endlos lange Rampe zum RS 1 errichtet. Ob der RS 1 ab der Hochschule wie geplant weitergebaut werden kann, ist unklar. Dennoch wurden gerade mind. 80 Bäume auf dem Stück südlich der Saarner Str. weggeholt. Das alles spart zukünftige Pflegemaßnahmen! Na denn!



Tollhaus Mülheim und seine Brandschutz-Kapriolen

Der integrative Kindergarten "Villa Kunterbunt" am Priesters Hof wurde 2015 endgültig verlagert in das neue MWB-Gebäude am Kuhlendahl auf dem Gelände des städtischen Altenheims. Das alte Gebäude der ehemaligen Bismarckschule wurde wegen Brandschutzmängeln aufgegeben, kurz vorher wurden noch sage und schreibe 8 Brandschutzhelfer eingestellt, die dann jahrelang nichts im Sinne ihrer Anstellung dort zu tun hatten. WAZ: "Brandschutz in Kita: Extra-Personal blieb Jahre ohne Aufgabe" Zur Erinnerung aus 2012: "Umwegfinanzierung Verkauf Altenheim Kuhlendahl an MWB mit KiTa-Bau und Rückanmietung" und aus 2013: "Ostergeschenk: Kuhlendahl bleibt unser, wenigstens teilweise!" und vor allem: Die Instrumentalisierung von Brandschutz, um auf skandalöse Weise die VHS in der MüGa schließen und über Jahre leer stehen lassen zu können, ist Vielen böse aufgestoßen!

Lernwerkstatt Natur am Witthausbusch vor dem Aus? Wirklich?

In der Lernwerkstatt Natur am Witthausbusch können Mülheimer Kinder allerlei über die Natur erfahren, was sehr gut angenommen wird. Zwei Umweltpädagogen erbringen das Bildungsangebot. Das wurde möglich, weil auch ein Förderverein Spendengelder zusagte. Die "Lernwerkstatt Natur" braucht 140.000 € pro Jahr, der städtische Zuschuss ist auf 110.000 € gedeckelt, die restlichen 30.000 kommen vom Förderverein. Jetzt steht der Verein laut WAZ vor dem Aus. Es gibt angeblich Streit zwischen der Vorsitzenden des Fördervereins und dem Dezernenten, angeblich um nicht gezahlte Gelder, obwohl laut Verwaltungsvorlage der Betrieb bis Ende 2020 dank einer Spende von 50.000 € als gesichert angegeben wurde. Und siehe da: Plötzlich outet sich die WDL über WAZ als Spender. Die will, dass der Rat am 13.2. ihr den supergünstigen Vertrag am Flughafen um 10 Jahre verlängert. Ansonsten aber ist nichts geklärt, obwohl irgendwie ohne erkennbare Not, oder?

Auf den folgenden Seiten:

- Frau Griefahn, der VHS-Skandal und die kränkelnde Mülheimer Demokratie..... S. 2
- Der VHS-Skandal fff.: Ein abgekartetes, böses Spiel? S. 3
- Mülheimer Bildungspolitik vertagt und beauftragt externe Gutachter, der Immoservice murkst weiter .. S. 4

Einlegeblatt: Duisburger Allerlei, u.a. Mega-Wohnprojekt 6-Seen-Wedau beschlossen! und:

Abzocke der Mittel- und Kleinverdiener auf breiter Front: Schlaraffenland bald abgebrannt?

Frau Griefahn, der VHS-Skandal und die MH-Demokratie

Ende Januar stellte sich die designierte SPD-OB-Kandidatin Griefahn in der Gaststätte "Am Heuweg" in einer Bürgerversammlung vor. Die WAZ schrieb: **"Mit Griefahn wächst in der Mülheimer SPD Aufbruchstimmung"** und darin *"Wie wollen sie den Bürgerentscheid zur Wiedereröffnung der VHS im Gebäude an der Bergstraße umsetzen? Warum passiert jetzt seit Oktober wieder nichts? Warum wird der Architekt nicht eingebunden?"*, fragte ein Mitstreiter der VHS-Initiative. *"Wir können alle Seiten an einen Tisch holen, uns austauschen und Lösungen suchen"*, bot Monika Griefahn an. Aber vorher wolle sie sich in das Thema einarbeiten, stellte sie klar. Und ihr Vorschlag: *"Vielleicht kann eine Stiftung die Sanierung der VHS übernehmen."* **Hahaha, doch Spass beiseite.**



Jedenfalls ließ die WAZ es sich nicht nehmen, im Kommentar neben allem BlaBla zur erhofften Wiedererstehung der angeschlagenen Mülheimer SPD folgendes Bedenkliche zu formulieren:

"Wer einen Bürgerentscheid gewinnt, hat noch keine Mehrheit der Wähler für sich gepachtet. Viele Bürger interessiert nicht, was Wenige der Gemeinschaft abverlangen." Was auch immer der WAZ-Redakteur damit direkt oder indirekt sagen wollte, es zeigt nur eines: Die WAZ versteht das mit dem Wahlvolk als dem im Grundgesetz einzig vorgegebenen Souverän irgendwie etwas anders als wie das im GG gemeint war. Frau Mühlenfeld (ex-SPD-OB) sagte das sinngemäß - bezogen damals auf das ruinöse Ruhrbania-Projekt - so: **"Wir sind gewählt und deshalb können wir machen, was wir wollen, unabhängig davon, ob eine Bevölkerungsmehrheit das auch so will oder nicht."** Dieselbe demokratieschädigende Haltung hat die jetzige große Ratsmehrheit bzgl. des VHS-Skandals auch.

Wenn man das nämlich so sieht, dann kommt es also nur darauf an, die Wähler egal wie zum richtigen Kreuzchen bei der Wahl zu bekommen und danach kann man loslegen, wie man es möchte. Genau das war zur VHS auch bei der letzten Kommunalwahl passiert.

Im Kommunalwahlkampf 2014 forderten die MBI vehement und als einzige eine Bestandsgarantie für die bewährte und beliebte VHS in der MüGa. Bereits damals war nämlich erkennbar, dass der VHS-Betrieb auf dem hochattraktiven Gelände einflussreichen "Strategen" ein Dorn im Auge war. 2013 hatte z.B. die MST-Chefin ein Hotel statt VHS am MüGa-Rand für Kongresse in der Stadthalle gefordert, doch sie stieß nur auf deutliche Kritik aus der Bürgerschaft. Ergo wollte auch keine/r inkl. den Lokalmedien auf die MBI-Forderung auch nur genauer eingehen. Und direkt nach der Wahl 2014 verkündete dann OB Mühlenfeld, sie werde sich mit dem hochattraktiven VHS-Gelände für die Sparkassenakademie bewerben, die Vorgespräche hatten längst stattgefunden zusammen mit Makler- und Architektenfirmen!

Die ganz große Ratsmehrheit stimmte dem umgehend zu, während die WAZ sogar regelrechte Lobesarien auf das Projekt losließ. Die BI zum VHS-Erhalt bildete sich daraufhin und die MBI stellten beim Landeskonservator den Antrag auf Denkmalschutz. Und so kam es anders als von den "Strategen" gedacht und eingestiehl.

Heute 2020 ist die Situation anders als 2014, zumindest was die VHS angeht. Schon die Griefahn-Veranstaltung hat gezeigt, dass der Bürgerentscheid und die offensichtliche Sabotage des klaren Bürgervotums durch Verwaltung und übergroße Ratsmehrheit nicht zu verschweigen sein werden. Das tut nicht nur der SPD weh, richtig so!



Unabhängig von der notwendigen Wiederinbetriebnahme der VHS in der MüGa geht es nämlich auch um das Grundverständnis von Demokratie und da müssen viele aus den Mülheimer Parteien von ihrem hohen Ross heruntersteigen. Ansonsten treiben sie inkl. mancher Medien den vielgeschmähten Populisten von AfD oder wem auch immer die Wähler regelrecht zu!

Der VHS-Skandal fff.: Ein abgekartetes, böses Spiel?

**Bürgerentscheid
am 6. Oktober**



Stimmen Sie mit JA!

Nach dem erfolgreichen Bürgerentscheid vom 6. Okt. 19 zur Wiedernutzung der im Sept. 17 mutwillig geschlossenen VHS in der MüGa stellten die MBI Anfang Nov. den Antrag, ein Zukunftskonzept für unsere VHS in der MüGa zu erarbeiten. Im Bildungsausschuss am 22.11. wurde der Antrag jämmerlich ins nächste Jahr verschoben. (Womöglich wusste man/frau da bereits, welches schändliche Theater Verwaltung und übergroße Ratsmehrheit zur Sabotage des Bürgerentscheids in der Ratssitzung am 6. Dez. im Schilde führten). Nun musste der MBI-Antrag am 27. Januar wohl oder übel doch beraten werden. Der SPD-Ausschussvorsitzende wollte die MBI-Vertreterin ihren Antrag nicht begründen lassen. Stattdessen erzählte erst einmal die hochbezahlte VHS-Leiterin Sommerhoff alles Mögliche, nur nicht zum Antrag. Bei den VHS-Gegnern löste alleine das Thema erneut heftige Gegenwehr und polemische Beschimpfungsorgien insbesondere aus den SPD-Reihen aus. Eigentlich wollte man nicht abstimmen, denn es gäbe doch ein Konzept. Weil aber schließlich auch Frau Sommerhoff zugeben musste, dass es kein VHS-Zukunftskonzept gäbe, weil der damalige SPD-Dezernent Ernst das im Frühjahr 2017 für nicht nötig befohlen hatte, stimmten am Schluss zähneknirschend alle für den MBI-Antrag.

Zur Erinnerung: Zum Bildungsausschuss am 13.3.17 hatte die BI „Erhalt unserer VHS in der MüGa“ zum Thema „Bildungs- und Planungskonzept „VHS 2020“ folgende Bürgereingabe gem. § 24 Gemeindeordnung gemacht: „Wir beantragen hiermit, dass ein Verfahren zur Erarbeitung eines Nutzungskonzeptes für unsere VHS schnellstmöglich begonnen wird unter Einbeziehung von Mitarbeitern, Nutzern und interessierter Öffentlichkeit.“ Dezernent Ernst behauptete im Ausschuss damals dreist, ein solches Konzept werde überhaupt nicht erarbeitet, was aber ganz anders in der Zeitung gestanden hatte in Anbetracht der nach jahrelanger Verzögerung im Feb. 17 endlich beschlossenen VHS-Sanierung! Hintergrund war, dass im Herbst 2016 die von der Stadt jahrelang behinderte Eintragung der VHS in die Denkmalliste nicht mehr blockiert werden konnte. Bei soviel arroganter Ignoranz blieb einem damals fast die Spucke weg, doch man/frau ging ja noch fest davon aus, dass die VHS-Zukunft endlich gesichert wäre.

Doch weit gefehlt, denn in der Sept.-Woche der Bundestagswahl 2017 wurde die VHS überfallartig geschlossen wegen angeblicher Brandschutzmängel, die aber alle seit 2007 bekannt und spätestens 2012 mit dem teuren Brandschutzsanierungsplan hätten behoben werden müssen, zudem seit 2008 jährlich 2 Mio. € dafür im Haushalt standen, aber Jahr für Jahr nicht abgerufen wurden! Dass in dem teuren VHS-Gutachten von 2019 zur nachträglichen Rechtfertigung der Schließung trotz fehlendem VHS-Zukunftskonzept für die bewährte VHS mit ca. 6000 qm Fläche und für das Fabrikersatzgebäude nur mit der Hälfte der Fläche als Vorgabe gerechnet wurde, passt dazu. Die VHS in der MüGa sollte schlichtweg auf diesem hochattraktiven Gelände keine Zukunft haben! Doch der Bürgerentscheid sah das mit großer Mehrheit völlig anders!

Es ist nicht gerade abwegig, bei der VHS-Schließung ein abgekartetes, böses Spiel zu vermuten.

Es ist eine Binsenweisheit, dass Erwachsenenbildung einen enormen Bedeutungszuwachs erfahren hat, nämlich für Weiterbildung in Zeiten von Globalisierung und Digitalisierung, bei Integration in Zeiten massiver Zuwanderung und für die Stärkung der Demokratie in einer rapide auseinanderdriftenden Gesellschaft. Im VHS-Gebäude in der MüGa kann all dies in Zukunft wie in der Vergangenheit auch bewältigt werden, wenn das Gebäude wieder bezugsfähig gemacht wird. Dazu gehört natürlich auch, ein Zukunftskonzept für VHS allgemein zu erarbeiten, das die Stadt und ihre VHS auf die großen Herausforderungen einstellt. Das „Ersatzgebäude“ im ehemaligen AEG-Fabrikgelände an der Aktienstr. ist eindeutig dafür kaum geeignet.

Es wird höchste Zeit, dass Verwaltung und die Mehrheit im Rat sich endlich ernsthaft Gedanken machen, wie der deutliche Bürgerentscheid möglichst umgehend umgesetzt wird. Dazu gehört als allererstes, dem VHS-Architekten Teich Zugang zu „seinem“ Gebäude zu gewähren, denn er hat auf seine Kosten mehrfach ein besseres und billigeres Sanierungskonzept angeboten. Wenn der Kämmerer weiter glaubt, in dem Fall die Schlüssel konfiszieren zu können, wie er es in öffentlicher Sitzung angedroht hatte, so könnte ihn z.B. ein Zwangsurlass davon abhalten.

Alleine für diesen Teil des Husarenstücks der versuchten VHS-Zerstörung muss man sich als Mülheimer Mitbürger und Steuerzahler regelrecht schämen!



Damit Kämmerer und Immoservice nicht Schulpolitik machen! Bildungspolitik aber vertagt lieber und beauftragt externe Gutachter!

Der MBI-Antrag vom letzten April, eine gänzlich neue Schul- und Bildungsentwicklungsplanung zu starten, wird nun endlich(!) angegangen, indem im Bildungsausschuss am 27.1.20 eine Ausschreibung beschlossen wurde, um eine Beraterfirma dafür zu suchen! Die stadt eigene Schulverwaltung incl. des teuren Bildungsbüros, etlicher weiterer Sonderstellen für Bildung und der beteiligten Schulen usw. sind dazu wohl außerstande. Die MBI hatten beantragt:

„Die Verwaltung wird beauftragt, auf der Grundlage von aktualisierten Bedarfsprognosen schnellstmöglich einen vollständig neuen Bildungsentwicklungsplan zu erarbeiten. In der Entwicklungsplanung sollen Maßnahmen und Zielvorstellungen inkl. notwendiger Neubauten, Umstrukturierungen, Kooperationen usw. für das nächste Jahrzehnt erarbeitet und erste Vorschläge noch in 2019 den zuständigen Gremien vorgelegt werden.“

Daraus wurde nun mit 1 Jahr Verspätung die Suche nach einem Gutachterbüro, so dass Ende 2020 dann erste Vorschläge (hoffentlich) auf den Tisch kommen könnten. Eines hat man so bisher schon bewirkt: Das heikle Thema Schulentwicklung kann im Wahlkampf entweder heraus gehalten werden oder mit allgemeingültigen Floskeln bedient werden, immer mit Verweis darauf, dass erst zu Jahresende erste Vorschläge zu erwarten wären. Dabei brennt die Problematik auch in Mülheim regelrecht unter den Nägeln!

Die MBI beantragten übrigens bereits im Rat am 10.3.2016 einen Grundsatzbeschluss zur Neuaufstellung des Schulbedarfsplans. Der MBI-Antrag wurde damals aber von SPD, CDU und Grünen von der TO des Rates gestimmt! So wurden unverantwortlich Jahre einfach vertrödel.



Der Bildungsentwicklungsplan (BEP) aus 2011 ist nämlich völlig überholt, weil seit etwa 2013 die Geburten- und Schülerzahlen aufgrund massiver Zuwanderung rasant steigen, anders als vor 2011 noch prognostiziert. KiTas und Grundschulen leiden bereits heute deutlich, denn zusätzlich zu Raumproblemen sind sie mit immer neuen Herausforderungen von Inklusion und Integration betraut worden. Absehbar werden dieselben Probleme zusehends in die weiterführenden Schulen hineinwachsen, von dem seit Jahren bestehenden großen Mangel an Gesamtschulplätzen und der bevorstehenden Rückkehr der Gymnasien zu G 9 ganz abgesehen. Aus all den Gründen heraus muss dringend ein neuer Schulentwicklungsplan aufgestellt werden. (Auch die Landesregierung geht NRW-

weit von einem Anstieg der Geburten- und Schülerzahlen um ca. 20% bis zum Jahre 2029 aus.

Doch mit der bekannten bisherigen Mülheimer Vorgehensweise per Gutachteritis und Mäuschelpolitik sind akute Probleme in der Schul- und Bildungslandschaft nicht mehr in den Griff zu bekommen.

Im wesentlichen bestimmt seit Jahren real der bildungsferne Immobilienservice (IS) federführend die Schulentwicklung. Der IS aber hat ganz andere Ziele, wie nicht nur der skandalöse Versuch der VHS-Zerstörung gezeigt hat. Im beschlossenen Haushalt 2020 gibt es auch das Kapitel „Investitionsprogramm Immobilienservice 2019 bis 2023“. mit „Teil 3: Investitionen zum Bildungsentwicklungsplan 2011 (Schulbau- und Folgeinvestitionen)“ Unter Punkt 54 taucht z.B. der Punkt „Abbruch des Schulgebäudes Blötter Weg“ auf mit Gesamtkosten von 626.0000 €. **Wie bitte, was bitte?** Etliche weitere nicht mehr zeitgemäße IS-Pläne sind festzustellen und selbst bei laufenden Projekten wie etwa der Sanierung des OP, des Schulzentrums Broich oder, und ... gibt nur der IS wesentliche Änderungen vor und beteiligte Schulen sowie Bildungspolitik können den durch teure Gutachter untermauerten scheinbar alternativlosen IS-Plänen nur noch zustimmen, falls der IS nicht ohnehin eine Ermächtigungsbefugnis sich hat geben lassen, wie bei einigen Beispielen der Fall. Wenn auch nur leiseste Kritik oder Nachfragen an IS-Plänen geäußert werden, bringt die Verwaltung umgehend die jeweilige Schulgemeinde in Stellung, die ansonsten fürchten, dass sonst bei Ihnen garnichts passieren könnte.

Fazit: Eine vorausplanende Schulpolitik bei den sich verschärfenden Problemen ist nicht in Sicht. In Mülheim werden sogar aktuell noch Maßnahmen des überholten BEP von 2011 umgesetzt, z.B. Abriss von Schulgebäuden und Vermarktung von Schulgrundstücken. **Die Stadt wird in Zukunft nicht um die Erweiterung oder sogar den Neubau von Schulen herumkommen zuerst bei Grundschulen. Es muss auch schnell eine Entscheidung getroffen werden, ob eine weitere Gesamtschule gegründet werden soll oder nicht. Aus all den Gründen heraus bietet sich an, die noch verbliebenen städtischen Grundstücke und Immobilien aufzulisten, die theoretisch dafür in Frage kommen könnten und ggfs. vor weiterem Verkauf bzw. andersartiger Bebauung ausgenommen werden sollten. Dazu braucht man kein externes Gutachterbüro und auch keine vielen Monate Zeit!**

Duisburg: Mega-Wohnprojekt 6-Seen-Wedau beschlossen!



So könnten sich die Landschaftsarchitekten von "ST-Freiraum" das neue Viertel "6-Seen-Wedau" in Duisburg vorstellen. Die Bürgerinitiative "Rettet die Sechs-Seen-Platte" hatte sich gegen die siebenstöckigen Häuser am Masurensee eingesetzt.

Die Ratsmehrheit hat den Bebauungsplan für "6-Seen-Wedau" beschlossen - und einen Antrag zur Ratinger Weststrecke als Personenzug auf der stillgelegten Bahnstrecke im neuen Stadtteil abgelehnt.

Es gibt Zweifel am reibungslosen Gelingen des Mammutprojekts. Davon ausgehend, dass es am Ende rund 3.000 neue Wohneinheiten mit Gutverdienern und Familien geben soll, kann man von mind. 6.000 Menschen und mind. 3.000 PKWs ausgehen. Dazu ein Nahversorgungszentrum das sein Einzugsgebiet auch auf Wedau und Bissingheim ausdehnen wird und muss, sowie ein UNI-Campus und ein Gewerbegebiet. Mehr muss man eigentlich nicht sagen, um sich vorzustellen, was dann dort verkehrstechnisch los sein wird. Schon heute gibt es an bestimmten Stellen tagsüber echte Stoß- und Wartezeiten.

Das bisherige beliebte Naherholungsgebiet für das gesamte westliche Ruhrgebiet wird sich bei 6.000 zusätzlichen Anwohnern deutlich verkleinern, ganz abgesehen vom Eingriff in die große Bedeutung des gesamten Gebietes für die Frischluftzufuhr.

Ein weiterer Kritikpunkt, die geringe Durchmischung bei nur 10% Sozialwohnungen wird von den Hauptbefürwortern des Projekts, also SPD und CDU, abgetan. So spricht man von ausreichend Sozialwohnungen und günstigem Wohnraum im sonstigen Stadtgebiet, so dass sich für 6-Seen-Wedau keine zusätzliche Notwendigkeit ergäbe. Sie vergessen dabei allerdings eine ganz andere Funktion der Durchmischung der Stadtviertel: die soziale Komponente und damit auch die integrative ist der beste Schutz gegen Ghettoisierung und Parallelgesellschaften!

Fazit:Kein guter Tag für die Lebensqualität der Mehrheit der DEMO-Bewohner (DU_E_MH_OB) und auch kein guter Tag für die Klimapolitik, ob lokal, regional oder darüber hinaus, denn dieses große Luxuswohngebiet ist auch als Angebot für Düsseldorf gedacht und wird viel motorisierten Pendlerverkehr erzeugen!

Sonstiges Duisburger Allerlei

Eine Initiative "Fridays gegen Altersarmut" ist Ende Januar zum ersten Mal in Friemersheim, einem Stadtteil von Duisburg-Rheinhausen, "aufgetreten". Angeblich sei allein die bundesweite Facebook-Gruppe bereits auf über 300.000 Mitglieder angewachsen. Nun hielt man in Friemersheim eine Mahnwache ab, um auf das wachsende Problem der Altersarmut hinzuweisen. Es gab auch sofort Kritik an der Initiative, sie sei von rechts unterwandert, obwohl die Teilnehmer der Mahnwache in Friemersheim sich davon angeblich distanzierten. Es bleibt abzuwarten wie sich das Ganze entwickelt.

Das alljährliche **Chinesische Frühlingsfest in Duisburg** am 31. Januar wurde kurzfristig abgesagt. Den Beteiligten sei nicht zum Feiern zumute. Grund dafür ist der Coronavirus, der insbesondere **Duisburgs Partnerstadt Wuhan** schwer zusetzt. Bekanntlich ist der Duisburger Hafen Endpunkt der "Neuen Seidenstraße" der Chinesen. Etlliche Güterzüge aus China enden dort bereits wöchentlich.

Schlaraffenland bald abgebrannt?

Noch befindet sich der "Exportweltmeister" Deutschland in der Abklingphase eines Boom-Jahrzehnts. Die industrielle Basis befindet sich im Abwärtstau, die Kurzarbeit nimmt deutlich zu, doch Bundes- und Landesregierung verteilen und versprechen ununterbrochen Geschenke an alle und jeden in dem Versuch, den schwindsüchtigen Volksparteien CDU und SPD Wählerstimmen zu erkaufen. Zu einer sinnvollen Regelung für die kommunale Grundsteuer aber ist die Berliner GroKo außerstande.

Die propagierte Gleichheit der Lebensverhältnisse driftet bereits immer schneller auseinander, sowohl zwischen den Regionen, als auch innerhalb der Ballungsräume. Mit am stärksten betroffen ist das Ruhrgebiet, wenn sowohl die Stahl- und Autozuliefererindustrie, als auch die Energiewirtschaft weitere Schrumpfungsprozesse durchmachen werden. Doch alles wird als alternativlos dargestellt, weil zur Rettung des Weltklimas und damit der ganzen Menschheit unumgänglich.

Noch ist Deutschland das wichtigste Ziel aller Emigrationswilligen zumindest aus Arabien, Asien und Afrika, wegen der hohen Sozialstandards und der relativ laschen Abschiebungspraxis. Doch das vermeintliche Schlaraffenland stößt bereits jetzt an verschiedene Grenzen, sogar noch vor dem Wegbrechen der Basis. Die "länger hier Lebenden" (Merkel-Definition von Staatsbürger) werden bereits vorbereitet und eingeschworen auf die bevorstehenden dürftigeren Zeiten, "natürlich" nur für gute Ziele wie Klimaschutz usw., nicht wegen falscher Politik, versteht sich. Die Mieten explodieren schon länger, nun steigen auch die Strom- und Heizkosten deutlich, demnächst sollen sie sogar galoppieren. Mit den beschlossenen Benzinpreiserhöhungen (schamhaft CO₂-Abgabe genannt) wird der Staat bei 2 Euro/l dann ca. 1,50 Euro als Steuer kassieren, wofür auch immer. Doch nicht genug mit den sog. Klimakosten. Es gibt ja auch noch das unge löste Euro-Problem und in der Folge die EZB-Politik von Null- bis Negativzinsen. Damit werden nicht nur Sparkonten, private Altersvorsorge und Lebensversicherungen geschröpft, jetzt muss man bereits für Girokonten kräftig bluten, s.u.. Und es droht noch mehr:

Seit Wochen stören sich z.B. Minister/innen aus Berlin, Hannover, Stuttgart etc. lautstark über Medien daran, dass die Lebensmittel in Deutschland zu billig seien. Der Ruf nach staatlicher Regulierung klingt immer mit. In den meisten Ländern der Erde hat eine Verteuerung der Lebensmittel häufig zu Aufständen, Plünderungen und Regierungskrisen geführt. Ähnliches oft auch bei Benzinpreiserhöhungen, weil davon viele Lebensbereiche betroffen sind. In Frankreich haben die Gelbwesten so etwas verhindert. Doch im angeblich so reichen Deutschland scheint alles machbar ohne größere Proteste. Hier schlucken die Verbraucher noch viel mehr und hoffen anscheinend, dass der Staat für sie alles regelt und von sich aus alles verbessert. Dabei ist genau der der Hauptverursacher.. Mal ist die EZB mit ihrer Nullzinspolitik schuld, dann der angebliche Klimanotstand, dann die hoch verschuldeten städtischen oder Landeshaushalte, dann bald der Brexit bzw. das Coronavirus oder aber die Deuschtümelei der Deutschen oder was auch immer.

Laut WAZ verteuern 188 Geldinstitute die Girokonten. Nur 40 Banken böten noch kostenlose Girokonten an, vor allem Direktbanken. Beispiel die Genossenschaft der Sparda Bank:

Viele Jahre haben Kunden der Sparda West ihre Konten kostenlos führen können. Doch seit anderthalb Jahren ist das vorbei. Und jetzt hat Sparda auch noch drastische Gebührenerhöhungen ab 1. April angekündigt. In dem Anschreiben an ihre Kunden behauptet die Bank scheinheilig *"die Sparda-Bank West wird die Preise ihrer Girokonten zum 1. April 2020 moderat erhöhen."*

So wird z.B. die monatliche Grundgebühr für SpardaGiro Flex von 2,50 auf 6 € erhöht (+140%)/ Die Bargeldauszahlung wird mit 5 € erstmals "versüßt"/ Die Bankkarte wird erneut drastisch teurer von 12 auf 20 € (+67%)/ Überweisungsgebühren, Belege am Schalter, beides von 1,50 auf 5 € (+233 %) uswuswusf. Moderat? Die WAZ Oberhausen schrieb dazu: "Sparda-West erhöht Kontoführungsgebühren drastisch" Viele sind bei der Sparda, weil die nicht zu stark in abenteuerlichen Finanzprodukten herum spekuliert, weil sie lange Zeit kundenfreundlich war und weil sie anders als die kommunalen Stadtparkassen nicht mit den städtischen Filz- und Korruptionsgeschichten verbandelt war.

Sollen diese Kunden nun zu Onlinebanken wechseln mit Sitz in Luxemburg, Hongkong oder den Emiraten? **Unabhängig von der Abzocke auf breiter Front für Folgen der EZB-Politik, für haarsträubend unausgegrenzte Energie- und Klimapolitik, für städtische Gebühren- und Steuererhöhungen um ein Vielfaches der Inflationsrate uswuswuswusw. werden nicht nur die unteren und mittleren Schichten unserer Gesellschaft systematisch geschröpft, auch der eigentlich nicht so turbomäßige Gemeinwohl- und Genossenschaftssektor bricht nach und nach ein.** Doch wen interessiert in den Elfenbeintürmen in Brüssel, Frankfurt, Berlin schon die vollständige Erosion ihrer eigenen Grundlagen?